

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Streit um Sicherheit

Die von einem Teil der in Afghanistan aktiven Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen erhobene Forderung nach militärischem Schutz ihrer Arbeit sorgt in der NRO-Szene, die in dieser Frage gespalten ist, für Streitigkeiten. Auslöser war ein am 17. Juni unter der Überschrift „*Afghanistan: A Call for Security*“ veröffentlichter und von mehr als 90 Organisationen für humanitäre Hilfe, Menschenrechte und Konfliktvorsorge unterzeichneter Aufruf, der die NATO zur Erweiterung des ISAF-Mandates sowie zur Sicherung der Verkehrswege außerhalb Kabuls aufforderte. Für den Wiederaufbau auch abseits der Hauptstadt sehen die unterzeichnenden Organisationen keine andere Lösung als den Militäreinsatz, so ein Sprecher des Schwedischen Komitees für Afghanistan (SCA). Demgegenüber fürchten andere Hilfswerke wie etwa *Medicins sans Frontieres* und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, daß sie ihre Neutralität verlieren und entsprechend nicht mehr alle Bevölkerungsgruppen und Akteure im Land erreichen könnten. Hierbei wird einigen Unterzeichnern des Aufrufes sogar vorgeworfen, gar nicht mit eigenen Projekten in Afghanistan aktiv zu sein.

Sprecher der Unterzeichnerorganisationen erwarten, daß nach der Auswertung des ersten halben Jahres der NATO-Führung der Internationalen Sicherheitskräfte (ISAF) eine Ausdehnung der Einsatzgebiete erfolgen werde.

Mittlerweile sind in Afghanistan rund 1.000 Nichtregierungsorganisationen registriert, darunter 200 ausländische und internationale. Deren Ziele, Strukturen und Finanzquellen unterscheiden sich naturgemäß erheblich. Nach Weltbankrichtlinien für das Gesundheitssystem sind nach Presseberichten sogar gewinnorientierte Unternehmen als Nichtregierungsorganisationen zugelassen. Strategiepapiere großer Geberorganisationen führen Nichtregierungsorganisationen wiederholt als „Ausführungspartner“ auf, so daß Vertreter humanitärer Hilfswerke deren bislang anerkannte Unabhängigkeit bedroht sehen. Neben der Politisierung von Hilfe, etwa im Rahmen der militärisch-zivilen Provinz-Wiederaufbaumaßnahmen der USA, werden somit immer mehr der eigentlichen staatlichen Aufgaben übertragen. Die Hilfswerke laufen somit nach Ansicht von Sprechern von *Medicins sans Frontieres* Gefahr, zu privaten Auftragnehmern und Kontraktoren zu werden.

USA verdoppeln Finanzhilfe

Nach Berichten der *New York Times* bereitet die US-Regierung eine Verdoppelung der zivilen Finanzhilfe an Afghanistan von zunächst 900 Millionen US-Dollar auf 1,8 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2004 vor. Demgegenüber kostet der US-Militäreinsatz allein im laufenden Jahr elf Milliarden US-Dollar.

Ein großer Teil der neuen Mittel soll für den Aufbau der Polizei eingesetzt werden (vgl. den Beitrag in dieser Ausgabe); weitere Mittel werden in den Straßenbau und die Elektrizitätsversorgung investiert. Diese Zusagen werden von Beobachtern

als Paradigmenwechsel der Bush-Regierung bewertet, die bisher „*nation building*“-Programme ablehnte.

In Presseberichten wird zudem kritisiert, daß nach Berechnungen der *Rand Corporation* das US-Engagement in Afghanistan weit hinter dem im Balkan zurückfällt. Pro Kopf erhält Afghanistan mit 52 US-Dollar bedeutend weniger als der Kosovo mit 814 oder Bosnien mit 1.390 US-Dollar. In Bosnien wurden zudem gemessen an der Einwohnerzahl 100 mal mehr US-Soldaten eingesetzt als am Hindukush.

Raketenanschläge auf ISAF

Am diesjährigen Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA verübten bislang unbekannte Täter jeweils einen Raketenangriff auf das unter anderem von Bundeswehrverbänden belegte Militärlager *Camp Warehouse* sowie auf das Lager der kanadischen ISAF-Verbände. Dabei wurde nach Presseberichten ein afghanischer Angestellter verletzt. Zudem gab es Sachschäden. Auch vom Kabuler Flughafen berichteten örtliche Medien über Detonationen.

Schon zum Jahrestag des Attentats an Ahmed Shah Massoud am 9. September 2001 wurden in Kabul die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt. Für UN-Mitarbeiter und Diplomaten wurden neue Reise- und Sicherheitsauflagen in Kraft gesetzt.

NATO übernimmt ISAF-Kommando

Deutschland und die Niederlande haben ihr sechsmonatiges Kommando über die in Kabul stationierten internationalen UN-Schutztruppen Anfang August an die NATO abgegeben. Der Generalsekretär der NATO, George Robertson, versicherte bei einem Besuch Kabuls im September, daß die NATO-Schutztruppe so lange wie nötig in Afghanistan eingesetzt werde. Auch über eine regionale Ausweitung des ISAF-Mandates solle bald entschieden werden, so Robertson weiter. Die NATO setzt bislang rund 5.000 Soldaten in Kabul und Umgebung ein, während die USA - unabhängig vom ISAF-Mandat - landesweit zwischen 11.500 und 13.000 Soldaten stationiert haben.

...Im Überblick ...

Deutscher Vorschlag zur Ausweitung der ISAF-Präsenz

Vor den Vereinten Nationen stellte der UN-Botschafter Deutschlands das Konzept von sieben „Sicherheitsinseln“ außerhalb Kabuls vor. Danach sollen in sieben Städten - Herat, Kandahar, Jalalabad, Bamian, Charikar, Mazar-i Sharif und Kundus - jeweils zwischen 250 und 400 Soldaten der internationalen Schutztruppe stationiert werden. In einer späteren Phase könnten dann zusätzliche mobile Einheiten die Regionen zwischen diesen Standorten sichern. Nach Pressemeldungen werden die Expansionspläne in der NATO beraten und Anfang Oktober im Grundsatz beschlossen. Eine Vorlage vor dem UN-Sicherheitsrat noch im Oktober gilt als möglich. Eine Delegation des UN-Sicherheitsrates zur Prüfung dieses Vorschlags soll Anfang Novem-

ber unter deutscher Leitung nach Afghanistan entsandt werden.

Die deutschen Pläne, die Sicherheit in Kundus durch Bundeswehr-Kontingente mit 230 bis 450 Soldaten sowie mit einem Wiederaufbauteam auch mit zivilen Hilfskräften zu gewähren, werden mittlerweile von weiteren NATO-Staaten unterstützt, die ebenfalls die Entsendung von Soldaten nach Kundus ankündigten. Bislang haben nur die USA kleinere Verbände ihrer Einsatztruppen im nordafghanischen Kundus stationiert. Nach Ansicht deutscher Hilfswerke gilt das relativ sichere Kundus aber als ungeeignetes Einsatzgebiet der ISAF-Schutztruppe, während eine Ausweitung der ISAF-Einsätze grundsätzlich durchaus begrüßt wird.

Gute Getreideernte

Nach einem Bericht des Welternährungsprogrammes und der UN-Landwirtschaftsorganisation (FAO) wird die diesjährige Getreideernte Afghanistans auf rund 5,4 Millionen Tonnen geschätzt. Damit wird sie die Rekordernte von 1976 mit 4,5 Millionen Tonnen, als das Land zuletzt seine Selbstversorgung sicherstellen konnte, deutlich übertreffen.

Diese Erntesteigerungen werden auf hochwertiges Saatgut und bessere Düngung zurückgeführt. Allerdings sind nicht

alle Bauern mit der aktuellen Situation zufrieden, da in sehr fruchtbaren Regionen, vor allem im Norden, die Getreidepreise stark gefallen sind. Zudem belasten die aufgrund der schlechten Infrastruktur und der Reparaturarbeiten am Salang-Tunnel sehr hohen Transportkosten die Gewinnmargen der Landwirte. So dürften einige abgelegene Regionen wie beispielsweise Zentralafghanistan auch weiterhin auf Nahrungshilfen angewiesen bleiben.

Engere Verkehrsanbindung an Pakistan geplant

Um den zunehmenden Grenzverkehr und Handel mit Pakistan zu verbessern, soll bei Qili Ghulam Khan ein dritter Grenzübergang zum Nachbarland eingerichtet werden. Zudem hat das afghani-

sche Finanzministerium nach Presseberichten Machbarkeitsstudien für zwei geplante Eisenbahnverbindungen nach Pakistan in Auftrag gegeben. Dabei soll der mögliche Bau von Streckenver-

Innenpolitische Reformen

Nach dem Austausch mehrerer Provinzgouverneure hat Übergangspräsident Hamid Karzai auch eine Reform des Verteidigungsministeriums in Angriff genommen. Mit dieser Reform soll vor allem der Aufbau der nationalen Armee vorangetrieben werden (vgl. den Beitrag hierzu in dieser Ausgabe). So berief Karzai je einen Hazara, einen Pashtunen sowie einen Usbeken zu Stellvertretern des amtierenden Verteidigungsministers Mohammad Fahim, der ein Tajike ist.

Nach Vorwürfen gegen den Polizeichef von Kabul, Basir Salangi, die Zerstörung zahlreicher Häuser armer Bevölkerungsgruppen angeordnet zu haben, um Grundstücke für luxuriöse Neubauten zu schaffen, wurde Salangi im September abgesetzt und wiederum durch einen Tajiken ersetzt. Übergangspräsident Karzai hat zur Aufklärung des Immobilienskandals, der durch UN-Einrichtungen und eine Menschenrechtsgruppe aufgedeckt wurde, eine unabhängige Kommission eingerichtet.

Unterdessen hat Staatschef Karzai laut Pressemeldungen die für den Oktober geplante „Große Ratsversammlung“ (*loya jirga*) auf Dezember verlagert, nachdem die Kommission zur Vorbereitung einer neuen Verfassung zusätzliche Zeit für ihre Beratungen verlangt hatte.

...Im Überblick

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Boomtown Kabul

Auch im zerstörten Kabul gilt laut nach einem Bericht des Magazins *Economist* das Makler-Mantra: „nur die Lage zählt“. So seien seit dem Ende der Talibanzeit im November 2001 die Immobilienpreise um das zehnfache gestiegen. Vor allem im nördlichen Stadtteil Wazir Akbar Khan mit seinen zahlreichen Botschaftsgrundstücken werden für Häuser Monatsmieten zwischen 2.000 und 28.000 US-Dollar verlangt und bezahlt. Dort ist die Strom- und Wasserversorgung zuverlässiger als im übrigen Kabul. Während der *Mujaheddin*-Kämpfe lag der Immobilienmarkt - in vielen Stadtteilen buchstäblich - am Boden. Doch mittlerweile werden bei Verkäufen Grundstückspreise in Höhe von rund 400 US-Dollar pro Quadratmeter erreicht. Auch die zahlreichen Baustellen in der Hauptstadt signalisieren, daß die Kabuler Bau- und Immobilienbranche boomt. Aufgrund der anhaltenden Rückkehr ehemaliger Flüchtlinge sind selbst in den nach sowjetischen Plattenbau-Vorbildern gebauten Geschosssiedlungen namens „*Makrorayan*“ Wohnungsmieten von bis zu 400 US-Dollar monatlich zu zahlen. Selbst in Hütten-siedlungen sind die Mietpreise im letzten Jahr auf bis zu 30 US-Dollar angestiegen, ohne Stromversorgung zwar, aber mit einem öffentlichen Brunnen in der Nähe.



Foto: Jürgens Clemens

Afghanische Athleten bei Leichtathletik-WM

Mit der Sprinterin Lima Azimi hat nach langer Zeit erstmals wieder eine afghanische Sportlerin an einer internationalen Meisterschaft teilgenommen. Bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Paris absolvierte Lima Azimi den 100-Meter-Vorlauf der Frauen in langer Trainingshose und T-Shirt in gut 18 Sekunden. Doch zählte weniger das Ergebnis als das Ereignis an sich. Sie startete nach dem Staatenalphabet mit der Nummer

eins, mußte sich aber zunächst die ihr unbekannte Technik der Startblöcke erklären lassen und sich zudem mit dem ihr unbekanntem Medienrummel arrangieren. Mit ihr nahm auch ein männlicher Sprinter an der Weltmeisterschaft teil. Beide Starts waren möglich geworden, nachdem Afghanistan dem Internationalen Leichtathletikverband beigetreten war. Die Reisekosten der beiden afghanischen Athleten übernahm.

Neues Afghanistan-Magazin

öffentlicht journalistische Beiträge sowie Artikel von Wissenschaftlern, Praktikern und Beratern im Entwicklungsprozeß. Darüber hinaus weisen die ersten Ausgaben auch einen kurzen Nachrichtenteil auf. Zu den bislang behandelten Schwerpunktthemen zählten die andauernde Verfassungsberatung, Kinder des Krieges

sowie die aktuelle Sicherheitslage im Land. Neben der englischsprachigen Ausgabe erscheinen zwei weitere in Dari und Pashtu, den beiden wichtigsten Sprachen im Land. Weitere Informationen hierzu unter der Internetadresse: www.afghanmonitor.org